



Netzwerk Grundeinkommen · Vinetaplatz 3 · 13355 Berlin

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen: EU-Ratspräsidentschaft

Unsere Nachricht:

Ansprechpartner: Ronald Blaschke

Gremium: Netzwerkrat

E-Mail: kontakt@grundeinkommen.de

Datum: 22. April 2020

Betreff: Offener Brief anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft 2020

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Deutschland hat ab dem 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft für sechs Monate inne.

Die Aufgaben der Präsidentschaft bestehen in erster Linie darin, die Sitzungen des Rates und seiner vorbereitenden Ausschüsse und Arbeitsgruppen zu leiten. Während seiner Präsidentschaft vertritt Deutschland außerdem den Rat gegenüber den anderen Organen der EU, zum Beispiel bei den Verhandlungen über EU-Gesetzgebungsakte mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission sowie gegenüber Drittstaaten und internationalen Organisationen.

Deutschland gibt sich für die Zeit der Ratspräsidentschaft ein Programm, das sich auch an der [Erklärung zur Trio-Ratspräsidentschaft 2020/21 von Deutschland, Portugal und Slowenien](#) ausrichtet. In dieser Erklärung heißt es u. a.: „Wir sind bestrebt, unser Engagement für eine geeinte EU zu stärken, die sich auf gemeinsame Werte, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gründet. Gemeinsam werden wir zu einer wirtschaftlich starken Union

Seite 1 von 6

beitragen und Arbeitsplätze, Wachstum sowie die soziale Dimension in Europa fördern und uns den Herausforderungen der Digitalisierung, des Klimawandels und der Energiewende stellen.“

Wir sind der Auffassung, dass das bedingungslose Grundeinkommen ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung des Menschenrechts auf soziale Sicherheit und auf einen angemessenen Lebensstandard (Art. 9 und 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) sowie zur Förderung der sozialen Dimension in der EU (Art. 34 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union) ist.

„Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Einkommen für alle Menschen,

- das Existenz sichernd ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht,
- auf das ein individueller Rechtsanspruch besteht,
- das ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen

garantiert wird.

Das Grundeinkommen soll dazu beitragen, Armut und soziale Notlagen zu beseitigen, den individuellen Freiheitsspielraum zu vergrößern sowie die Entwicklungschancen jedes Einzelnen und die soziale und kulturelle Situation im Gemeinwesen nachhaltig zu verbessern.“ ([Website des Netzwerks Grundeinkommen](#))

Das Grundeinkommen wird von rund einer Hälfte der Bürger*innen in Europa bzw. der EU-Bürger*innen, ebenso der Bürger*innen in Deutschland befürwortet (vgl. [DIW-Wochenbericht 15/2019](#))

Namhafte Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen der Wirtschaft und Verbände aus Deutschland, in Europa und weltweit unterstützen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Hier eine kleine Auswahl:

Mitglieder des [wissenschaftlichen Beirats](#) des Netzwerks Grundeinkommen, [Wirtschaft für Grundeinkommen](#), Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Christliche Arbeiterjugend Deutschland, Bundesjugendwerk der AWO, Internationale Erich-Fromm-Gesellschaft.

In mehreren Entschlüssen hat das Europäische Parlament die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten bereits vor (über) zehn Jahren aufgefordert, die „armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommen für alle zu prüfen“ bzw. „zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden.“ ([Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU \(2008/2034\(INI\)\)](#))

Die Europäische Kommission wurde weiterhin vom Europäischen Parlament aufgefordert, „eine Initiative zur Unterstützung anderer Erfahrungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen, die bewährte Verfahren berücksichtigen und anregen und individuell verschiedener Modelle des angemessenen Armut verhindernden Mindest- bzw. Grundeinkommens als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürger [...] bejahen, ohne die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Frage zu stellen.“ ([Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa \(2010/2039\(INI\)\)](#))

In ihrem [Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas vom 26. April 2017](#) hat die Europäische Kommission Folgendes dargelegt: „Gleichzeitig sind alle Länder aufgefordert, im nationalen oder europäischen Kontext innovativ zu werden. Von der Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Finnland bis hin zu einer Grundeinkommens-Garantie in Griechenland nimmt die Bereitschaft zu, neue Modelle zu testen, um auf neue Realitäten zu reagieren.“

In der [Gemeinsamen Erklärung](#) des Europäischen Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission vom Juni 2017 wird festgehalten: „Zur Beseitigung von Ungleichheiten werden die EU und ihre Mitgliedstaaten außerdem effiziente, nachhaltige und gerechte Sozialschutzsysteme unterstützen, um ein Grundeinkommen sicherzustellen,

Rückfälle in die extreme Armut zu verhindern und die Resilienz zu fördern. Sie werden sich mit den für wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten relevanten Faktoren und Trends befassen und ihre Instrumente und Konzepte stärker auf die Bekämpfung von Ungleichheiten ausrichten.“

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir fordern Sie auf, dem Willen der Bürger*innen in der EU, in Deutschland, der Abgeordneten im Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission entsprechend, in das Arbeitsprogramm der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands folgende Programmpunkte aufzunehmen:

1. Austausch und Konsultationen zwischen den Gremien der EU (Europäischer Rat, Europäische Kommission, Europäisches Parlament) und den zivilgesellschaftlichen Organisationen in den EU-Mitgliedstaaten, die sich für ein Grundeinkommen engagieren, mit dem Ziel, EU-weite öffentliche Diskussionen und Forschungsvorhaben über die Möglichkeit der Einführung von bedingungslosen Grundeinkommen, die der Armut vorbeugen und soziale Ungleichheit beseitigen, in den EU-Mitgliedstaaten zu beginnen.
2. Erarbeitung erster Umsetzungsvorschläge in Abstimmung mit den o. g. Gremien der Mitgliedstaaten und mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen in den EU-Mitgliedstaaten, die sich für ein Grundeinkommen engagieren, um Armut vorbeugende und soziale Ungleichheit beseitigende Grundeinkommen in den EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen.
3. Verhandlungen mit Portugal und Slowenien darüber, dass die unter Punkt 1 und 2 aufgeführten Maßnahmen unter deren Ratspräsidentschaft fortgeführt bzw. weiterentwickelt werden.

Wir fordern Sie im Weiteren dazu auf, die Öffentlichkeit in Deutschland und den Deutschen Bundestag über den Fortgang der Maßnahmen unter Punkt 1 bis 3 monatlich zu informieren.

Wir möchten betonen: Das Netzwerk Grundeinkommen ist gern bereit, Sie und die gesamte Bundesregierung bei der Umsetzung o. g. Maßnahmen zu unterstützen.

Eine Bitte zum Abschluss aus aktuellem Anlass:

Hunderttausende Bürger*innen Deutschlands und der Europäischen Union haben auf verschiedenen online-Plattformen Petitionen für ein Krisen-Grundeinkommen unterzeichnet. Jüngst wurde beim Deutschen Bundestag eine Petition für ein Krisen-Grundeinkommen eingereicht und veröffentlicht. Sie wird eine öffentliche Beratung des Petitionsausschusses und hoffentlich auch eine rege Plenumsdebatte im Deutschen Bundestag zur Folge haben. Mindestens zwei weitere Petitionen zu gleichen Thema liegen dem Petitionsausschuss vor. Bitte tun Sie alles in Ihrer Macht stehende, um das Anliegen der Petent*innen schnellstmöglich umzusetzen. Die Menschen brauchen schnell eine verlässliche, unbürokratische und sofort wirksame soziale Absicherung (siehe [Beitrag](#)).

Die derzeitige durch SARS-CoV-2 ausgelöste Pandemie mit ihren gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen bringt Millionen von Menschen in unverschuldete Existenznöte. Die Einführung von Grundeinkommen in Deutschland und in der ganzen EU würde die Erschütterung durch zukünftige Krisen abfedern und dadurch die Notwendigkeit von milliardenschweren wirtschaftlichen und sozialen Sofortprogrammen deutlich reduzieren. Dies verweist ebenfalls darauf, wie notwendig die Umsetzung der von uns geforderten Programmpunkte für das Arbeitsprogramm der Bundesregierung anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft ist.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir bitten um eine Antwort auf unseren offenen Brief.

Mit Ihrem Einverständnis werden wir Ihre Antwort veröffentlichen.

Der offene Brief wird zur Kenntnisnahme und Unterstützung übermittelt an: Abgeordnete des Deutschen Bundestages, den Präsidenten und die Vizepräsident*innen des Deutschen Bundestags, den Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag, den

Bundesminister für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag, den Bundesminister für Energie und Wirtschaft – Europaministerium, die Mitglieder des Bundesrates, den Präsidenten und die Vizepräsidenten des Bundesrates, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Fraktionen des Europäischen Parlaments, deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments, den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, die Europäische Kommission, den Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Inklusion der Europäischen Kommission, den Europäischen Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Mit freundlichen Grüßen,

Netzwerkrat, Netzwerk Grundeinkommen

Jörg Ackermann, Ronald Blaschke, Christiane Danowski, Regine Deutsch, Ralf Engelke, Danny Hügelheim, Michael Levedag, Joachim Winters, Dirk Zschocke